

Änderungsanträge zum Bundesparteitag von DIE LINKE Ortsverband Stuttgart Bad Cannstatt-Mühlhausen – Münster.

Beschlossen bei der OV-Sitzung am 7.6.2022

L01: Gemeinwohl statt Profit. Klimagerechtigkeit statt Aufrüstung

Zeile 181 Satz „Verkehrswende muss mehr sein als eine bloße Antriebswende“ ersetzen durch:

„E-Autos sind keine Zukunftstechnologie. Sie sind genauso umweltschädlich und ressourcenverschwenderisch wie Verbrenner, hinderlich einer bedarfsorientierten Transformation der Wirtschaft und führen bei der Rettung von Arbeitsplätzen in eine Sackgasse. Sie sind lediglich weiterer Zeitaufschub für Profite und Greenwashing der Autoindustrie.“

Nach Zeile 192 einfügen:

Die Deutsche Bahn muss der Kapitalverwertung und der Kontrolle durch das Kapital entzogen werden. Dafür muss der Bahnvorstand entlassen und der Aufsichtsrat aufgelöst werden. Die Verwaltung und Kontrolle muss denjenigen übertragen werden, die an einer klima-, bürger- und arbeitnehmerfreundlichen Bahn Interesse haben. Dafür sind auf regionaler Ebene Räte sowie ein zentraler bundesweiter Verwaltungsrat einzurichten aus gewählten Vertreter*innen aus Belegschaft, Bahngewerkschaften EVG und GDL, sowie Vertretern von Nutzer*innen und Initiativen für die Bahn (Allianz für Schiene, PRO Bahn, VCD, BUND, Bündnis Bahn für alle, Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21...) Die Trennung von Schiene und Netz sowie die Privatisierung von Teilen der Bahn oder Ausschreibungen mit dem Ziel privaten Betreibergesellschaften Profitquellen zu erschließen lehnen wir ab.

Zeile 195 „den ÖPNV schrittweise kostenfrei zu machen und als Sofortmaßnahmen ein 365-Ticket im ÖPNV auf den Weg zu bringen“ ersetzen durch:

Wir fordern dagegen Nulltarif im ÖPNV

Zeile 212 einfügen: Wir fordern die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und setzen uns in den Gewerkschaften dafür ein, den Kampf dafür auf die Tagesordnung zu setzen.

Zeile 238 Den Satz „Dazu wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion verpflichten“ ersetzen durch:

Dafür ist die Überführung der Auto- und aller anderen Konzerne der Industrie und Dienstleistungen in Gemeineigentum und ihre demokratische Verwaltung und Kontrolle dringend notwendig.

Zeile 251 Den Satz „Darauf zielt unser Vorschlag eines Transformationsfonds in Höhe von 20 Milliarden pro Jahr“ ersetzen durch:

Wir fordern für eine in Gemeineigentum überführte Autoindustrie einen ökologisch sinnvollen Produktionsplan zur Umstellung der Produktion auf alternative öffentliche Verkehrsmittel und andere gesellschaftlich sinnvolle Produkte.

Zeile 322 anfügen:

Sozialismus muss erkämpft werden durch eine Massenbewegung, durch Klassenkampf, durch Streiks bis hin zu politischen Streiks und die Übernahme der Kontrolle in der

Gesellschaft über die Produktionsmittel. Die Initiierung, Unterstützung und Vorantreibung solcher Auseinandersetzungen mit und als Teil der ausgebeuteten Klasse ist die wichtigste Aufgabe von DIE LINKE.

L02: Die LINKE aufbauen

Nach Zeile 57 Abschnitt einfügen.

Keine Privilegien für Abgeordnete und Parteifunktionär*innen

Der Wahlerfolg der KPÖ in Graz erklärt sich zu einem guten Teil dadurch, dass die Parlamentsvertreter*innen seit Jahrzehnten von ihren Diäten und Bezügen aktuell maximal 2.000 Euro für sich beanspruchen und alles darüber hinaus für die Bewegung und für soziale Hilfen spenden. Dadurch heben sich die KPÖ-Vertreter*innen materiell nicht von ihren Mitgliedern, Unterstützer*innen und Wähler*innen ab und verschafft ihnen Glaubwürdigkeit. DIE LINKE muss diesem Beispiel folgen. DIE LINKE darf keine Platz für Karrierist*innen und abgehobene Politiker*innen sein. Abgeordnete müssen sich verpflichten alles was über einen Durchschnittslohn hinausgeht an die Partei und soziale Bewegungen abzuführen. Gehälter von Hauptamtlichen des Apparats und der Rosa-Luxemburg-Stiftung sind ebenfalls auf den Durchschnittslohn zu begrenzen.

Nach Zeile 84 neuen Abschnitt einfügen mit der Überschrift

Lieber richtig in die Opposition als falsch in die Regierung

Die Kriegs- und Aufrüstungspolitik von Grünen und SPD zeigen in aller Deutlichkeit, dass diese Parteien den Machterhalt und die Machtausdehnung der herrschenden Klasse betreiben. Notfalls auch mit militärischen Mitteln. Es gibt mit SPD und Grünen kein gemeinsames Lager. In vier Landesregierungen regiert DIE LINKE mit. Die Grundgesetzänderung für das 100-Milliarden-Euro Sondervermögen der Bundeswehr ist im Bundesrat zustimmungspflichtig. Für den Fall dass diese Bundesländer zustimmen und/oder sich enthalten bedeutet dies eine Kapitulation von DIE LINKE in der Friedensfrage und verschärft die Glaubwürdigkeitskrise enorm. Die betroffenen Landesverbände werden aufgefordert in diesem Fall die Koalition zu verlassen und die andern Parteien für ihre Zustimmung zu den 100 Milliarden bei gleichzeitiger massiver Unterfinanzierung von Gesundheits- und Bildungswesen sowie dem öffentlichen Verkehr, Umwelt- und Klimaschutz anzugreifen.

Trotz 59,1% Zustimmung für die Enteignung aller Immobilienunternehmen mit mehr als 3.000 Wohnungen in Berlin wollen SPD und Grüne die Enteignung mit allen Tricks verhindern. Die Einrichtung einer sogenannten Expert*innenkommission, die ein Jahr oder sogar 1 ½ Jahre prüfen soll und nicht öffentlich tagt ist Teil dieser Verhinderungsstrategie. DIE LINKE fordert die dringend notwendige Umsetzung des Volksentscheids in Berlin und die Enteignung der Immobilienkonzerne bundesweit. Entschädigung darf es nur für Kleinaktionär*innen und bei nachgewiesener Bedürftigkeit (z.B. für in Pensionsfonds angelegte Renten) geben. Zur Durchsetzung dieses Ziels beteiligt sich DIE LINKE aktiv am Aufbau einer starken Mieter*innenbewegung. Die Fraktion von DIE LINKE im Bundestag und alle Landtagsfraktionen werden aufgefordert entsprechende Anträge zur Enteignung in die Parlamente einzubringen, um bundesweit für Öffentlichkeit und Klassenpolarisierung in dieser Frage zu sorgen.

Der Bundesparteitag fordert den Landesverband Berlin auf, die die fortgesetzten Maßnahmen des Senats zur Verzögerung und Nichtumsetzung des Volksentscheids, geplante Ver-

schlechterungen für die Mieter*innen der landeseigenen Wohnungsgesellschaften zum Anlass zu nehmen, die Koalition zu verlassen. Die Beteiligung der Linken an einer Koalitionsregierung, die den Volksentscheid verhindern will und den Immobilienkonzernen den roten Teppich ausbreitet, schädigt genauso die Glaubwürdigkeit der Linken wie die der PDS im Jahr 2005 als sie in der Berliner Landesregierung dem Verkauf von 60.000 landeseigenen Wohnungen zugestimmt hat.

L03 oder Ersetzungsantrag zu L03

In Zeile 150 einfügen, danach neuer Absatz:

„Der Bundesparteitag DIE LINKE spricht sich gegen alle Versuche von Politiker*innen der Partei DIE LINKE aus, die friedenspolitischen Grundsätze des Erfurter Programms zu relativieren, weil diese angesichts des russischen Einmarsches in die Ukraine angeblich nicht mehr zeitgemäß seien. Wir brauchen in unserer Partei keine Debatte für mehr Aufrüstung, konsequente Abrüstung ist das Gebot der Stunde. Wir müssen auch nicht unser Verhältnis zur NATO neu überdenken. Es bleibt dabei: „wir fordern die Auflösung der NATO....den Austritt aus den militärischen Strukturen des Militärbündnis ...striktes Verbot von Rüstungsexporten. Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen. Alle ausländischen Militärbasen in Deutschland müssen geschlossen werden“ (Erfurter Programm) Angesichts des Charakters der NATO als Kriegsbündnis imperialistischer Staaten fordern wir den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO.“

In Zeile 246 einfügen:

„Der Krieg um die Ukraine bestätigt den Satz von Jean Jaurès: „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich, wie die Wolke den Regen.“ Die beste Friedenspolitik ist daher der Aufbau einer sozialistischen Arbeiter*innenbewegung weltweit und der Kampf gegen die tieferen Ursachen von Militarismus und Krieg – das kapitalistische System. Nur eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft, die Schaffung einer Welt, in der nicht mehr der Profit einiger Weniger regiert, wird nachhaltigen Frieden erreichen können.

Wir betrachten es als eine wichtige Aufgabe der LINKEN auf den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Krieg hinzuweisen und in der Antikriegsbewegung für antikapitalistische Positionen einzutreten.“